



Naturschutzbund Deutschland
Hannoverscher Vogelschutzverein
von 1881 e.V.



Bund für Umwelt und
Naturschutz Deutschland
Region Hannover

***PRESSE*information**

„Maßlos und rechtswidrig“

NABU und BUND kritisieren Planfeststellungsbeschluss für Mergelgrubenerweiterung in Misburg

Hannover, 10.10.2016. – Die Region Hannover hat den Antrag der Firma Heidelberg Cement genehmigt, die Mergelgruben bei Misburg und Anderten bis an den Rand des Misburger Waldes erheblich zu erweitern. Für die Naturschutzverbände Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und Naturschutzbund Deutschland (NABU) wird damit eine maßlose und auch rechtswidrige Planung zugelassen, die sich gegen die Natur, aber auch gegen die Menschen richtet.

Nach dem jetzt vorliegenden Planfeststellungsbeschluss dürfen die ohnehin schon riesigen Abbauf Flächen im Osten der Stadt Hannover um 128 Hektar erweitert und damit in ihrer Größe fast verdoppelt werden. Damit soll die Fortsetzung des Abbaus bis zum Jahr 2069 gesichert werden.

NABU und BUND sorgen sich vor allem, weil durch die Mergelgrubenerweiterung der Misburger Wald auszutrocknen droht. Große Teile des Misburger Waldes gehören zum europäischen Schutzgebietssystem „Natura 2000“. Auch die Landeshauptstadt Hannover hatte 2014 in ihrer Stellungnahme die Erweiterung der Gruben bis in die Nähe des Misburger Waldes wegen der Gefahren für das europäische Schutzgebiet abgelehnt. Geschützt werden sollen hier vor allem die gegen Grundwasserabsenkung extrem empfindlichen Waldtypen „Feuchte Eichen-Hainbuchenwälder“ und „Auenwälder mit Erlen und Eschen“. Auf einem Anteil von 75 % und einer Fläche von 40 Hektar droht ein Verlust dieser Waldgesellschaften durch die heranrückenden Steinbrüche, da das Grundwasser unter dem Wald bis zu einem Meter abgesenkt würde. Nach Behauptungen der Antragstellerin besteht für den Wald aber keine Gefahr, weil er angeblich flächendeckend durch eine stauende Schicht vor den Grundwasserabsenkungen geschützt sein soll. Diese nach Meinung der Naturschutzverbände nicht schlüssige Behauptung hätte, wenn sie zutreffen würde, leicht mit Messbrunnen in den feuchten Waldbereichen bewiesen werden können. Solche Messbrunnen hat Heidelberg Cement aber nicht angelegt und die Regionsverwaltung hat derartige Beweise unverständlicherweise auch nicht verlangt, obwohl sie nach europäischem Recht dazu verpflichtet wäre.

In keiner Weise nachvollziehbar ist auch, warum die Regionsverwaltung Heidelberg Cement eine derart überdimensionierte Erweiterungsplanung mit einer Laufzeit von 53 Jahren genehmigt hat. Zu Beginn des Verfahrens hatte die Antragstellerin noch angegeben, dass sie nur Planungssicherheit für den Zeitraum bis ca. 2035 benötigt.

Die Planfeststellung enthält nach Meinung der Naturschutzverbände zahlreiche weitere Mängel. Unter anderem soll der Wietzegraben nach dem Abbau auf einem etwa 80 m breiten Damm zwischen zwei Steinbrüchen geführt werden, auf dem außerdem noch ein weiterer Graben sowie unter anderem eine Öl- und eine Gasleitung verlaufen sollen. Eine notwendige Renaturierung ist unter diesen beengten und gefährlichen Verhältnissen nicht möglich.

Für BUND und NABU hat sich die Regionsverwaltung mit dieser weit in die Zukunft reichenden Entscheidung gegen die Interessen der kommenden Generationen gewandt, die noch intakte Natur erleben sollen.

Rückfragen:

Georg Wilhelm (BUND): mobil 0160-91993550 (nur heute).